

Einladung zur 46. WR-Bildungswerkstatt:

1. Teil:

Wann: **Freitag, 31. Januar, 19.15 bis 21.30 Uhr**

Wo: Altes Spital, Oberer Winkel 2, 4500 Solothurn

Wer: Mitglieder und Interessierte der WRB

2. Teil:

Wann: **Samstag, 8. Februar, 9.30 bis 13 Uhr**

Wo: Altes Spital, Oberer Winkel 2, 4500 Solothurn

Wer: Mitglieder und Interessierte der WRB

Thema der 46. WR-Bildungswerkstätte

Limitarismus: Wie viel Ungleichheit schadet der Gemeinschaft?

Liebe Genossinnen und Genossen,

An unserer 46. Willi Ritschard-Bildungswerkstätte setzen wir uns mit dem Buch von Ingrid Robeyens «Limitarismus – Warum Reichtum begrenzt werden muss» auseinander.

Im 1. Teil am Freitag Abend verteilen wir die zu lesenden Kapitel aus dem Buch. Beim 2. Teil beschäftigen wir uns dann ausführlich mit der Idee des Limitarismus.

Mit herzlichen Grüssen

andi gross, Werkstatteleiter

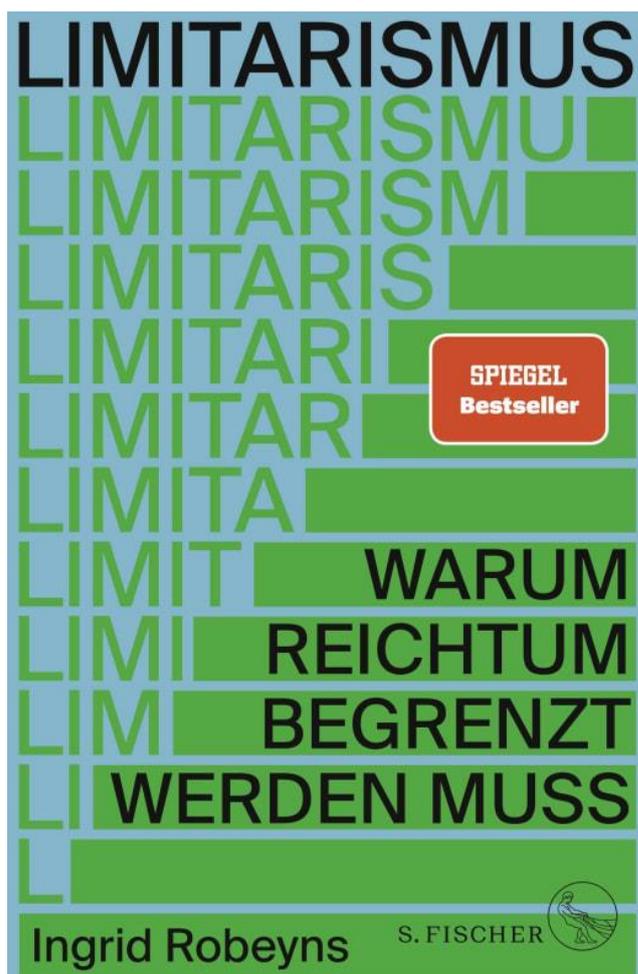
Daten für 2025

- 31.1. und 8.2. im SP Sekretariat in Solothurn
- 2.5. und 10.5. auf dem Untergrenchenberg
- 29.8. und 6.9. Ort noch offen
- 7.11. und 15.11. im Flöörli in Olten

Buch: Limitarismus Warum Reichtum begrenzt werden muss

Von der renommierten Philosophin und Ökonomin Ingrid Robeyns: Ein revolutionäres Konzept zur Begrenzung exzessiven Reichtums, das eine gerechtere Welt für alle schaffen würde.

Verlag: S. FISCHER, 2024





Christoph Schaltegger. © unilu.ch

Ungleichheit in der Schweiz – statistisch weggebügelt

[Werner Vontobel](#) / 8.01.2025

Die Einkommen seien in der Schweiz ähnlich verteilt. Der Staat müsse nicht eingreifen, sagt Christoph Schaltegger. Wirklich nicht?

Der Ungleichheit in der Schweiz kann man sich auf unterschiedliche Arten nähern. Der Journalistenkollege Marco Maurer hat es mit der direkten Anschauung probiert. Er ist für den «Tages-Anzeiger» nach Andermatt gereist, um dort für 100 Franken ein Geschenk für seine Mutter zu kaufen.

Ein Paar Socken für 219 Franken

Zunächst hat er es im «Retailstandort» von Sawiris versucht. Fehlanzeige: Das billigste Angebot waren ein Paar bunte Socken für 219 Franken, gefolgt von einem Schal für 270. Und weil er schon da war, hat er sich in der

«Retail-Suite» auch noch nach der billigsten Wohnung erkundigt: 625'000 Franken für 34 Quadratmeter.

Nebenan im alten Dorfkern hatte Maurers Mutter mehr Glück: vier bunte, selbstgestrickte Sockenpaare und drei Gläser selbstgemachter Bergthymian-Gelee für insgesamt 92 Franken. Die Socken kosteten einen Zehntel.

Nicht repräsentativ

Ist diese Fallstudie repräsentativ? Nein, Maurer beleuchtet nur einen kleinen Ausschnitt aus der Realität, aber er macht die gleiche Erfahrung wie viele Normalschweizer: Er wird mit dem Gefühl konfrontiert, immer öfter nicht mehr dazuzugehören.

Das passiert nicht nur in den einstigen Familienferienorten wie Andermatt, Saas-Fee oder Crans-Montana. Auch Warenhäuser wie Jelmoli und viele einstige Quartierbeizen positionieren sich heute gern am High-End.

Wohnen muss man

Gut – dann geht man halt nicht hin. Aber wohnen muss man. Und auch da macht der Durchschnittsschweizer immer öfter die Erfahrung, dass er in «seinem» Quartier nicht mehr erwünscht ist beziehungsweise sich die Miete nicht mehr leisten kann.

Die Ungleichheit kann man aber auch rein statistisch ergründen, so wie dies der Ökonomen-Kollege Christoph Schaltegger von der Uni Luzern neulich getan hat. Im Finanzblatt «Finanz & Wirtschaft» brachte er die Erkenntnisse [seiner Studie](#) kürzlich so unter das Volk: «Entgegen den Unkenrufen hat die Ungleichheit hierzulande in den vergangenen Jahren nicht signifikant zugenommen.»

«Einkommensungleichheit ist stabil»

In Zahlen: «Die Einkommensungleichheit in der Schweiz ist über die letzten 100 Jahre sehr stabil geblieben. Die obersten 10 Prozent der Bevölkerung vereinen recht konstant rund 30 Prozent des Gesamteinkommens auf sich.»

Nachdem er diesen Punkt geklärt hat, wendet sich der Professor einer anderen Frage zu: «Wenn sich die Verteilsituation in der Schweiz also viel besser präsentiert, als von vielen Medien und NGO mit tendenziöser Stossrichtung verkündet wird, stellt sich die Frage nach dem Warum.»

Schaltegger weiss die Antwort: Dahinter steckt eine politische Absicht: «Wenn sich das Narrativ einer unsolidarischen Schweiz verfestigt, ist der Ruf nach immer weiteren Massnahmen des Staates unwiderstehlich.»

Nur die versteuerten Einkommen

Fassen wir zusammen. Schaltegger behauptet, dass die Verteilung stabil geblieben sei, und belegt das mit dem seit 100 Jahren stabilen Anteil der reichsten 10 Prozent am Gesamteinkommen. Das kann man so sehen, doch die Grafik, die dies belegen soll, zeigt seit 1991 einen kontinuierlichen Anstieg von rund 30 auf 35 Prozent.

Doch geschenkt: Ein bisschen journalistische Zuspitzung muss man auch einem Wissenschaftler zugestehen, wenn er in einer Zeitung schreibt. Wichtiger ist ein anderes Problem: Schaltegger stützt seine Analyse nur auf die versteuerten Einkommen. 2019 waren das insgesamt 298 Milliarden Franken. Doch damals beliefen sich die Primäreinkommen aller Haushalte gemäss der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aber auf 516 Milliarden. Es bleibt ein unerklärter Rest von 218 Milliarden Franken.

Grosse Unterschied zwischen AHV und Pensionskasse

Um vernünftige Aussagen über die Einkommensverteilung zu machen, müsste man wissen, wie ungleich diese 218 Milliarden verteilt sind. Darunter fallen etwa die von der Einkommenssteuer befreiten Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Beiträge an die AHV sind genau gleich ungleich verteilt wie die Löhne.

Die Pensionskassenbeiträge hingegen sind sehr viel ungleicher verteilt. Unten greift der Koordinationsabzug, oben fallen die grosszügigen, steuer-sparenden Bel-Etage-Zuwendungen ins Gewicht. Das gilt – aus genau diesen Gründen – erst recht für die Zunahme der betrieblichen Vorsorgeansprüche von rund 40 Milliarden Franken. Auch die 67 Milliarden Franken Vermögenseinkommen dürften zum grossen Teil un versteuert sein und überwiegend dem reichsten Zehntel zufließen. Diesem gehören rund 80 Prozent aller Vermögen.

Die Sache mit den Mieten

Dazu kommt noch die Sache mit den steigenden Bodenpreisen und Mieten. Wenn – zum Beispiel – der Immobilien-Erbe Müller seinen zehn neuen oder alten Mietern die Miete um je 500 Franken erhöht, dann sinkt zwar deren verfügbares Einkommen um etwa fünf bis zehn Prozent, aber ihr Steuereinkommen bleibt unverändert.

Und wenn Müller die Möglichkeiten nutzt, die ihm das Steuerrecht und die Finanzmärkte bieten, dann nimmt auch sein steuerbares Einkommen nicht oder wenig zu. Dann hat zwar in der Realität die Ungleichheit massiv zugenommen, doch Schaltegger entgeht dieses Detail, denn er nimmt die

Realität nur durch den Filter der von ihm sehr selektiv ausgewählten Statistiken wahr.

Braucht es wirklich keine Massnahmen?

Doch kommen wir nun zum eigentlichen Problem: Schaltegger argumentiert immer nur mit dem Anteil des reichsten Zehntels. Er erwähnt nirgendwo, dass auf der Gegenseite etwa die ärmsten 30 Prozent nur 6 Prozent aller Einkommen erhalten. Pro Kopf ist das ein 18-tel dessen, was reichsten 10 Prozent kassieren.

2003 lag der Anteil der unteren 30 Prozent immerhin noch bei 6,6 Prozent, also rund einen Zehntel höher. Schaltegger erwähnt dies wohl deshalb nicht, weil sonst «tendenziöse Kreise» nach «weiteren Massnahmen des Staates» rufen könnten. Doch braucht es solche Massnahmen wirklich nicht? Machen wir die Probe aufs Exempel.

Marktwirtschaft müsste für gerechte Verteilung sorgen

Die «tendenziösen Kreise» – und eine grosse Volksmehrheit – wollen, dass in der Stadt Zürich ein Mindestlohn von 23.90 Franken brutto pro Stunde eingeführt wird. Die neoliberalen Kreise um Schaltegger sehen darin einen gefährlichen Eingriff in eine bisher gut funktionierende Marktwirtschaft. Doch von einer solchen würde man erwarten, dass sie ein so grosses Bruttoinlandsprodukt produziert und dieses auch so verteilt, dass man auch mit einem nicht hoch qualifizierten Vollzeitjob anständig leben kann. Konkret sollte man damit eine Familie mit zwei Kindern gut durch- und sie in einer Wohnung von mindestens 80 Quadratmetern unterbringen können. Das war in den 1960er und 1970er Jahren noch üblich und sollte heute mit einer fast doppelt so hohen Produktivität erst recht kein Problem sein.

Höchstens 2500 Jahresstunden Arbeit

Ist das so? Rechnen wir: Eltern mit zwei Kindern unter 15 Jahren sind laut Statistik pro Woche rund 50 Stunden mit unbezahlter Hausarbeit beschäftigt. Dazu kommen gut 4 Stunden für den Arbeitsweg. Also insgesamt 54 Stunden. Das macht pro Arbeitstag rund 8 Stunden.

Mehr als zwei 60-Prozent-Jobs oder zusammen maximal 2500 Jahresstunden liegen da nicht drin. Bei einem Stundenlohn von 23.90 Franken ergibt das ein monatliches Familieneinkommen von 5000 Franken brutto oder 4300 netto. So viel zu den Einnahmen.

Das Geld ist gleich wieder weg

Punkto Ausgaben stützen wir uns auf die Haushaltsbudgeterhebung und dort auf die die Rubrik «Paare mit Kindern», ärmstes Fünftel. Allein die

obligatorischen Transferausgaben für Steuern, Krankenkasse und Sozialversicherungen verschlingen – beziehungsweise verschlangen – schon vor sechs Jahren rund 2100 Franken. Dazu kommen 1450 Franken für Essen, Kleider und Schuhe und 564 Franken für Verkehr. Zwischentotal: 4114 Franken.

Rechnen wir die Teuerung von 6 Prozent dazu, sind die 4300 Franken bereits aufgebraucht und wir haben noch nichts bezahlt für die Miete, für Unterhaltung und Kultur, für Fernsehen und Internet, für den Zahnarzt und alles Weitere.

Es reicht nicht

Fazit: Es geht nicht. Es geht übrigens auch dann nicht – oder nur mit Mühe und Not –, wenn das Paar auf Kinder verzichtet und das Arbeitspensum aufstockt, zumal in dieser Lohnkategorie Vollzeitstellen die Ausnahme sind. Und in allen Wechselfällen des Lebens – Arbeitslosigkeit, Unfall, Krankheit, Pensionierung – bricht das System erst recht zusammen.

In all diesen Fällen greifen die «weiteren Massnahmen des Staates», die Schaltegger verhindern will, schon längst: Wohngeld, Krankenkassenzuschüsse, AHV-Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe. Diese ganze Bürokratie wird nötig, damit «unsereins» weiterhin an der Ladenkasse bedient, im Altersheim gepflegt, am Flughafen abgefertigt wird und damit wir im Restaurant und im Hotel nicht noch mehr bezahlen müssen.

Wenn man die Sache so – sprich lebensnah – betrachtet, drängen sich ein paar Fragen auf:

- Warum löst oder entschärft der Staat das Problem nicht auf viel elegantere Art – indem er Mindestlöhne vorschreibt, von denen man leben kann?
- Warum funktioniert der Markt punkto Verteilung heute viel schlechter als noch in den 1960er Jahren?
- Warum gelingt es nicht mehr, den Produktivitätsfortschritt in ein besseres Leben für alle umzuwandeln?
- Und schliesslich: Warum kommen unsere Ökonomen – Schaltegger ist nicht der einzige – schon gar nicht auf die Idee, sich solche Fragen zu stellen?

Letzteres dürfte daran liegen, dass Schaltegger der Meinung ist, dass tiefe Löhne die Folge einer tiefen Produktivität seien. Umgekehrt hält er die 18fach höheren Einkommen des reichsten Zehntels für das Ergebnis einer hohen Schaffenskraft.

«Starke Schultern»

Er benutzt in diesem Zusammenhang den Ausdruck «erwirtschaften» und spricht von «starken Schultern», die mehr leisten als «schwache». Damit will er offenbar sagen, dass die Reichen überproportional zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beitragen.

Doch woher will er das wissen? Was die Ökonomen als «Produktivität» definieren, ist nicht das, was jemand zum gemeinsamen BIP beiträgt, sondern immer nur das, was er dafür kassiert. Letztlich: Wie viel er vom BIP für sich abschöpft.

Eine Frage der Definition

Ohne 100 Maurer, Plättlileger, Spengler und so weiter gäbe es keine Wohnung. Doch von den 1,5 Millionen Franken, die der Käufer dafür bezahlt, gehen 60 Prozent an den Landbesitzer und weitere 10 Prozent an den Promotor. Ob man das als Wertschöpfung bezeichnen soll, ist eine Frage der Definition. Aber als gelernter Ökonom könnte man diese hinterfragen. Wir leben in einer Schweiz, in der viele trotz Arbeit sehr arm sind, während andere 219 Franken für ein Paar Socken oder 625'000 Franken für eine weitere Zweitresidenz ausgeben. Und in einer Schweiz, in der gut bezahlte Ökonomen die Statistiken finden, die das als neue Normalität erscheinen lassen.



Superreiche scheint ihre katastrophale Umweltbilanz nicht zu kümmern. © [oneinchpunch / Depositphotos](#)

Reiche: Mehr CO2 in 90 Minuten als Normalos lebenslang

Pressenza / Red. / 20.11.2024

Wohlhabende behandeln die Erde wie ihren privaten Vergnügungspark, kritisiert Oxfam und fordert Regierungen zum Handeln auf.

Die 50 reichsten Milliardäre der Welt haben einen unverhältnismässig grossen ökologischen Fussabdruck. Laut einem aktuellen [Bericht von Oxfam International](#), der kurz vor der UN-Klimakonferenz COP29 in Baku, Aserbaidschan, veröffentlicht wurde, generieren diese Milliardäre in nur 90 Minuten mehr CO2 als ein durchschnittlicher Mensch in seinem ganzen Leben. Besonders problematisch sind ihre Investitionen und die Nutzung luxuriöser Verkehrsmittel wie Privatjets und Superjachten, die in

alarmierendem Masse zu Umweltzerstörung, sozialer Ungleichheit und dem Klimawandel beitragen.

Die Bilanz der Superreichen ist erschreckend. So haben die 50 wohlhabendsten Milliardäre im Durchschnitt allein in einem Jahr 184 Flüge unternommen. Diese Aktivitäten verursachten eine CO₂-Menge, die ein Durchschnittsmensch in 300 Jahren produzieren würde. Doch das ist nicht alles: Ihre Luxusjachten stossen so viel Kohlenstoff aus, wie es eine durchschnittliche Person in unglaublichen 860 Jahren tun würde.

Drei Superjachten produzieren gleich viel CO₂ wie rund 1700 Angestellte

Die beiden Privatjets des Amazon-Gründers Jeff Bezos haben laut Oxfam über einen Zeitraum von 12 Monaten fast 25 Tage in der Luft verbracht und so viel Kohlenstoff ausgestossen wie der durchschnittliche US-Mitarbeiter von Amazon in 207 Jahren. Der mexikanische Unternehmer [Carlos Slim](#) habe 92 Flüge in seinem Privatjet unternommen, was einem fünfmaligen Umkreisen der Erde entspreche. Die Familie Walton, Erben der Walmart-Einzelhandelskette, besitze drei Superjachten, die in einem Jahr so viel Kohlenstoff produzierten wie rund 1714 Walmart-Ladenmitarbeiter.*

Trotz der globalen Zielvorgabe, den Temperaturanstieg auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ist ein solcher Lebensstil mehr als nur verschwenderisch. Sollte jeder Mensch so leben wie das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung, wäre das verbleibende globale CO₂-Budget innerhalb von fünf Monaten aufgebraucht. Noch drastischer: Wenn alle Menschen den CO₂-Ausstoss der Superjachten und Privatjets der Superreichen kopieren würden, würde das Klimaziel bereits nach nur zwei Tagen verfehlt.

«Ihre Emissionen sind eine existenzielle Bedrohung»

«Die Wohlhabenden behandeln die Erde wie ihren privaten Vergnügungspark, was unsere Umwelt enorm belastet», kommentierte Amitabh Behar, Geschäftsführer von Oxfam International. «Ihre Emissionen sind nicht bloss ein Symbol für Überfluss, sondern eine existenzielle Bedrohung für Mensch und Natur.»

Der Oxfam-Bericht hebt zudem hervor, dass die Investitionen der Superreichen weitreichendere ökologische Schäden verursachen als ihr luxuriöser Lebensstil. Tatsächlich sind die CO₂-Emissionen aus ihren Investitionen 340-mal höher als die durch ihre Privatjets und Yachten verursachten

Emissionen. Viele dieser Investitionen fließen in umweltschädliche Industrien wie Öl, Bergbau, Zementproduktion und den Schifffahrtssektor. Laut der Untersuchung entfallen fast 40 Prozent der Investitionen auf diese klimaschädlichen Bereiche.

Besteuern und Wirtschaftssystem umgestalten

Um der Klimakrise entgegenzuwirken und soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen, fordert Oxfam eine drastische Umverteilung. Die Organisation, ein Verbund verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, spricht sich für eine dauerhafte Vermögens- und Einkommenssteuer für das reichste Prozent der Weltbevölkerung aus. Diese Massnahme könnte nicht nur die Emissionen der Superreichen reduzieren, sondern auch zur Finanzierung der notwendigen Klimaanpassung im Globalen Süden beitragen, der am stärksten unter den Auswirkungen der Erderwärmung leidet. Eine Vermögenssteuer für die Millionäre und Billionäre dieser Welt würde laut Oxfam jährlich mindestens 1,7 Billionen US-Dollar bringen, eine Steuer auf umweltverschmutzende Investitionen weitere 100 Milliarden Dollar. Insbesondere sollten Regierungen aber dafür sorgen, das gegenwärtige Wirtschaftssystem zu verändern, so dass die Einkommen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung nicht höher sind als jene der 40 ärmsten Prozent.*

Oxfams Forderungen verdeutlichen, wie dringend politische und wirtschaftliche Veränderungen erforderlich sind, um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen und die Zukunft des Planeten zu sichern.

*Dieser Artikel erschien zuerst bei [Pressenza.com](https://www.pressenza.com), einer Nachrichtenagentur von ehrenamtlich tätigen Freiwilligen, die sich den Themen Humanismus, Gewaltfreiheit, Menschenrechte, Abrüstung und Nicht-Diskriminierung widmet. Infosperber hat ihn leicht redigiert und zwei Absätze (mit * markiert) ergänzt.*